

# Salzburger Zeitung

Morgen-Ausgabe

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

**Bezugspreis:** monatlich 2 RM, einschließlich Zustellungsgebühr — Bestellungen nehmen sämtlich Kolonialisten, Buchhändler und Buchhandlungen entgegen. (Ebenfalls Generalannahme von Tages- und Sonntagsblätter.)  
**Schäftsstelle Halle-Saale,** Leipziger Straße 41/2, Fernruf Centrele 7801, abends von 7 Uhr an Redaktions 5699 und 5610. — Postfach-Bezirk 2012

**Halle-Saale**  
**Dienstag, 15. September 1925**

**Anzeigenpreis:** Die Spaltenbreite 90 mm breite Minimalspalte 15 Pfennig, 10 mm breite Spaltenbreite 20 Pfennig, 12 mm breite Spaltenbreite 25 Pfennig, 15 mm breite Spaltenbreite 30 Pfennig, 18 mm breite Spaltenbreite 35 Pfennig, 20 mm breite Spaltenbreite 40 Pfennig, 25 mm breite Spaltenbreite 50 Pfennig, 30 mm breite Spaltenbreite 60 Pfennig, 35 mm breite Spaltenbreite 70 Pfennig, 40 mm breite Spaltenbreite 80 Pfennig, 45 mm breite Spaltenbreite 90 Pfennig, 50 mm breite Spaltenbreite 1 RM, 55 mm breite Spaltenbreite 1 RM 10 Pfennig, 60 mm breite Spaltenbreite 1 RM 20 Pfennig, 65 mm breite Spaltenbreite 1 RM 30 Pfennig, 70 mm breite Spaltenbreite 1 RM 40 Pfennig, 75 mm breite Spaltenbreite 1 RM 50 Pfennig, 80 mm breite Spaltenbreite 1 RM 60 Pfennig, 85 mm breite Spaltenbreite 1 RM 70 Pfennig, 90 mm breite Spaltenbreite 1 RM 80 Pfennig, 95 mm breite Spaltenbreite 1 RM 90 Pfennig, 100 mm breite Spaltenbreite 2 RM.  
**Schäftsstelle Berlin, Bernburger Str. 50, Fernruf Ost Kurfürst 61-6290**  
**Eigene Berliner Schriftleitung. — Vertretung von Otto Ullrich, Halle-Saale**

# Polnischer Gewaltakt gegen deutsche Schulen

## Hunderte deutscher Schulkinder ohne Unterricht

Danzig, 14. September.

(Eigener Drahtbericht.)

Das polnische Kuratorium in Polen hat dem Direktor des deutschen Privatschulsystems und 5 Lehrkräften, von denen drei evangelische Geistliche sind, die Unterrichtsverläufe entzogen. Deswegen ist im Drogen-Geheim den Direktor und vier Lehrerinnen die Befugnis zum Unterrichten genommen worden. Der deutsche Gesamtdirektor, Dominik Klink, ergab im Namen der Elternschaft Einspruch, der erfolglos blieb. Das Kuratorium weigert sich sogar, die Gründe für seine Maßnahmen anzugeben. Da noch einige andere Lehrkräfte die Unterrichtsverläufe bisher nicht erreicht wurde, müssen beide Anwaltschaften einwirken. Der Elternschaft hat sich große Aufregung bemächtigt. So anderen Anhalten der Provinz werden ähnliche Maßnahmen berichtet. So sind Hunderte deutscher Schulkinder zurzeit ohne Unterricht. Die Garantie des Völkerbundes für das deutsche Schulwesen in Polen bildet einen der Hauptpunkte des Minderheitenvertrages.

Was wird der Völkerbund nun, um beratige Übergriffe, die dem Geist und Aufschwung des Minderheitenrechtes widersprechen, abzuwehren? (Was ist Polen wirklich, daß es als verhandlungsunfähig bei den Verhandlungen angesehen werden kann, solange es allen internationalen Verträgen trotzt?)

## Wahre Worte an den Völkerbund

Genf, 14. September.

Das Ereignis der Minderheitsabstimmung des Montags vormittag war die Rede des freien unabhängigen Abgeordneten Grafen Apponyi, der in vorläufiger Form die Behandlung der Minderheitenfrage durch den Völkerbund geisterte. Einleitend ging er auf den finanziellen Wiederstand ein. Man müsse nicht nur dem „unbekannten Soldaten“, sondern auch dem „bekannten Soldaten“ ein Wort kommen. Zweitens müßten die Vertreter der Minderheiten das Recht haben, ihre Klagen vorläufig vor den Rat zu bringen. Drittens müßten, falls diese Parteien es verlangten, jede Minderheitsfrage dem internationalen Gerichtshof im Haag zu Entscheidung vorgelegt werden. Zum Genfer Protokoll übergehend erklärte Graf Apponyi, er sei mit Recht einig, daß der Weg der Sonderverträge, die an Stelle des Genfer Protokolls gesetzt werden sollen, sehr langwierig ist. Die Frage der Abklärung würde in eine immer ungewissere Zukunft hinausgeschoben. Zweitens dem Völkerbund und dem Rat sollte keine grundsätzliche Unterstellung der Minderheitenfrage bringe nur einen Ausfluß des Krieges, das Protokoll wolle die Wahrung des Krieges. Die Wahrung müsse allgemeiner Natur sein und nicht einseitig, wie gegenwärtig. Zu der Resolution des Spanier Dalmases hat kein Land außer Apponyi einen Zusatz ein, bezugnehmend auf die Bestimmungen für die Minderheitenkonferenz von dem Völkerbund und seinen unabhängigen Organen unverzüglich in Angriff genommen werden sollen. Es dürfe nicht zweifelhaft sein. Ein Recht für einen Teil der Nationen und ein anderes Recht für die

anderen. Unbilligkeit wäre keine Gerechtigkeit. „Ich habe freimütig geäußert“, schloß Graf Apponyi, „denn wir sind hier nicht, um uns gegenseitig Komplimente zu machen, sondern die Verhältnisse aufzuklären.“ Die Rede des Grafen, die mehrfach von lebhaftem Beifall unterbrochen war, wurde von der Verammlung mit ungewöhnlichem Beifall aufgenommen. Graf Apponyi wurde unter Beifall und herzlichem Gedenken bis zu seinem Platz geleitet. Auf den tschechischen und polnischen Bänken blieb der Beifall aus.

## Neue Klagen der Minderheiten

Genf, 14. September.

Nach dem Grafen Apponyi nahm der Vertreter Uruguays, Puerto, das Wort. Er erklärte, das obligatorische Schiedsgericht ohne Vorbehalte sei die Grundlage der Politik Uruguays und bilde einen Bestandteil seiner Verfassung. Das tschechische Amerika habe bereits den eigentlichen Kern des Genfer Protokolls durch den Vorschlag obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit bewirkt. Er beantragte daher, der Rat solle die Statuten des internationalen Gerichtshofes einer eingehenden Prüfung unterziehen unter Berücksichtigung der Ansichten der Parlamente und der juristischen Wissenschaft. Galtmann aus Litauen verlangte die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten für alle Mitglieder des Völkerbundes in der Behandlung der Minderheitenfrage. Er beantragte einen Sonderausschuß für die Vorbereitung einer Konvention aller Mitglieder des Völkerbundes, zur Feststellung der Rechte und Pflichten der Minderheiten zu ernennen. Ratsoff aus Bulgarien unterließ die Ansparungen des Grafen Apponyi und verlangte eine allgemeine Erklärung der Bestimmungen über die Minderheiten seien hinsichtlich der Aufgaben nicht mehr beachtet worden. Er befragte sich namentlich über Verletzungen des Minderheitenvertrages in Griechenland.

## Eine 25 Millionen-Dollar-Anleihe für Deutschland

### Ein Amerikakredit für die deutsche Rentenbank

Berlin, 14. September.

Die Deutsche Rentenbankkreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank) soll mit den Verhandlungen mit der National City Company in New-York wegen einer amerikanischen Anleihe für landwirtschaftliche Kreditlinie in Deutschland im Zusammenhang, den 12. September, abends um 10 Uhr, in Berlin stattfinden. Danach übernimmt die National-City-Company von der deutschen Rentenbankkreditanstalt Schuldverschreibungen in Höhe von 25 Millionen Dollar, rückzahlbar zu zwei, zu einem Jahreszinsfuß von 7 Prozent auf 2 Jahre, bei einer Tilgung von einem 1/2 Prozente jährlich, jährlich erhaltener Zinsen. Zinsen und Amortisation werden am 15. März und 15. September jeden Jahres fällig, erstmalig am 15. März 1926. Der Deutschen Rentenbankkreditanstalt steht das Recht zu, die Anleihe auch zu früheren Rückzahlungen im ganzen oder in Teilen, jedoch nicht zu späteren Zinsterminen zu kündigen. Die Anleihe soll in diesen Tagen zum Werte von 93 Prozent in den Vereinigten Staaten aufgelegt und ihre Auslösung an der New-Yorker Stock-Exchange beantragt werden. Die Auszahlung des Gegenwertes der Schuldverschreibungen zu 88 Prozent soll gegen Ende dieses Monats erfolgen.

Bedingungen geändert würden, mozu vor allem die Auszahlung von politischen Bedingungen gehöre. Inzwischen aber seien die Minderheiten häufig mehr daran gelegen, ihre eigenen Pläne zu realisieren. Die Veränderung der Minderheitenfrage und die Nichträumung der Kölner Zone seien zwei Fälle, in denen die Politik in der deutschen Wirtschaftslinie eingegriffen habe. Dr. Schacht wies dann auf die Unfähigkeit im belgischen Gebiet hin. Es sei bezeichnend, daß dort und besonders in der Pfalz der Prozessfall der Arbeitslosigkeit in Deutschland anzu sehen sei.

Die Voraussetzung für die Lösung des Transfereproblems sei, daß Deutschland seine Anleihe an den Völkerbund auftrage, sei eine internationale Zusammenarbeit bei der Erzeugung und der Verteilung der Waren erforderlich.

## Polnischer Sieg über Chamberlain?

Berlin, 14. September.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) Die Frage der Zulassung des tschechischen Außenministers Beneš und des polnischen Außenministers Strykowski zu den Verhandlungen über die Minderheitenfrage ist in wachsendem Maße Presse und Öffentlichkeit in den alliierten Ländern. Das polnische Außenministerium meldete bereits vor einigen Tagen, daß in Genf die polnisch-tschechische Teilnahme an der Konferenz gescheitert sei. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachrichten, deren Quelle in der Werbung nicht genannt wurde, steht bisher noch aus. Jedoch haben sich in den letzten Tagen sowohl in der englischen als auch in der französischen Presse Anzeichen dafür bemerkbar gemacht, daß die bisherige Haltung der Alliierten, vor allen Dingen Englands, in der Frage der Vergütung des Minderheitenproblems mit dem Aufschluß von Schiedsgerichtsverträgen im Osten in gewisser Richtung Änderungen unterworfen werden ist. Die englische Auffassung ging bisher bekanntlich dahin, daß eine Verbindung der Verhandlungen mit dem allein interessierten Nachbar über einen Schiedsgericht mit dem Völkerbund der Ehre gründe nicht abzusehen sei. Chamberlain hat zu verschiedenen

## Neue pessimistische Worte über den Dawesplan

London, 14. September.

In einem Interview, das Reichsanwalt Dr. Schacht im „Financial Times“ gewährte, äußerte sich dieser über die Frage, ob Deutschland imstande sein werde, im Herbst 1926 die 25 Millionen zu zahlen, wie dies im Dawes-Plan vorgesehen sei. Dr. Schacht erklärte dies an sich für möglich, wenn die im Dawes-Plan angegebenen Vor-

bedingungen erfüllt werden. Er erklärte, daß die deutsche Regierung imstande sei, die 25 Millionen zu zahlen, wenn die im Dawes-Plan angegebenen Vorbedingungen erfüllt werden. Er erklärte, daß die deutsche Regierung imstande sei, die 25 Millionen zu zahlen, wenn die im Dawes-Plan angegebenen Vorbedingungen erfüllt werden.

Waren kategorisch alle Besuche in dieser Richtung abgelehnt. Bekanntlich war es der Wien-Franke, der sich durch seine Besuche der Bestände in der Welt auf den Osten ausdehnen, daß Deutschland mehr oder weniger gezwungen werden sollte, mit seinen tschechischen Nachbarn Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, die dann von Frankreich garantiert werden sollten. Auf diese Weise wollte sich Frankreich die Möglichkeit schaffen, im Falle eines Konfliktes im Osten jederzeit von seinem Recht als Garant für den Deutschland mit seinen tschechischen Nachbarn geschlossenen Verträge Gebrauch zu machen und in Deutschland einzumarschieren. Dieses von französischer Seite entworfene Schieds hätte praktisch dazu geführt, daß Deutschland sowohl im Westen als auch im Osten einbüßte an dem bisherigen Status gebunden wäre und jeder Versuch, eine Veränderung seiner Grenzen im Osten herbeizuführen, sofort auf eine Reaktion der europäischen Mächte zu rechnen wäre. Dieser waren nun diese französischen Verträge an dem kategorischen Widerstand Englands gescheitert. Die Ausweitung des französischen Kontinentalismus aus auf den osteuropäischen Staatenblock konnte nicht im Interesse Englands liegen, das vielmehr daran interessiert war, die Verhältnisse im Osten möglichst isoliert und seinem Einfluß zugänglich zu erhalten. Diese bisher nur von englischer Seite mit großer Konsequenz betonte Haltung scheint nun in der letzten Zeit durch die unausgesprochenen Bemühungen des polnischen Außenministers nicht mehr so unerwartet zu sein wie früher.

Außenminister interessiert ist in dieser Beziehung ein Zitat, das der polnische Außenminister dem belarussischen Sonderberichterstatter des „Matin“, Jules Gaudemann, in Genf gegeben hat. Erklärte erklärte, daß er in der letzten Zeit mehrere außerordentlich freudige Gespräche mit dem polnischen Außenminister gehabt habe. Chamberlain verließ sich vollkommene, daß es in Europa keine Sicherheit unter Ausfluß Polens geben könne. Obwohl seine Partei und die Ansicht der Dominions den englischen Außenminister hinderten, Garantien für Polens Grenzen zu beschaffen, könne er, Erstrag, nicht sein, daß Chamberlain mit allen seinem Einfluß auf den Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen mit Deutschland bringen werde. Es bestimme ein enger Zusammenhang zwischen dem östlichen und dem westlichen Sicherheitsplan.

## Nächsten Montag Ministerrat

Sept. 13. September.

Reichstag, Dr. Luther hat sämtliche Reichsminister auf einen Ministerrat auf Montag, 21. d. Mts., nach Berlin eingeladen, nachdem er heute in Weimarnach dem Staatssekretär Dr. v. Schuber den Bericht des Ministerpräsidenten Dr. Gaus über die Londoner Juristenkonferenz entgegengenommen hat. Dr. Gaus ist vom Reichstag, im Einvernehmen mit Reichsaussenminister Dr. Stresemann beauftragt worden, als Grundlage für die Entscheidung des Ministerrates einen ausführlichen schriftlichen Bericht auszuarbeiten.

## Watajas Genfer Mißerfolg

Wien, 14. September.

Die heutigen Morgenblätter erklären, daß die in Genf vorbereitete Geheime in österreichischen Parlamentarium angenommen werden könnten. Bundeskanzler Renner habe zwar keine Verpflichtungen in dieser Richtung übernommen. Man rechnete aber mit Bestimmtheit damit, daß die Ablehnung dieser Geheime die Demission der Regierung nach sich ziehen werde. Wie der „Montag“ wissen will, sei die Niederlage in Genf vor allem auf die mangelhafte und ungeschickte diplomatische Vorbereitung zurückzuführen. Außenminister Dr. Watajas, der schon seit einem Monat im Ausland weilte, um die Aufhebung der Kontrolle durchzugehen, habe sich den Franzosen verkauft. Der Watajas Dr. Watajas werde ihm im eigenen Lager sehr gemessen. Es sei wahrscheinlich, daß er als erstes Opfer der Genfer Niederlage fallen werde.

## Der Schiedspruch für die Reichsarbeiter

Berlin, 14. September.

Wie bekannt ist, ist in der letzten Woche im Reichsarbeitsministerium für die Reichs- und Staatsarbeiter ein Schiedspruch gefaßt worden, der für die nächste Zeit die Löhne regulieren sollte. In den Kreisen der beteiligten Gewerkschaften ist man sich jedoch nicht einig, ob der Schiedspruch des Reichsarbeitsministers angenommen werden soll, oder ob eine Ablehnung geboten erscheint. Im letzteren Falle würde jedoch des Reiches und der Länder sehr nachteilig die Verbindlichkeit des Schiedspruches beantragt werden, wie dies bei den Eisenbahnen der Fall sein dürfte. Im Laufe des heutigen Montags werde die an dem Schiedspruch für die Reichsarbeiter beteiligten Gewerkschaften einbegriffen auf der gemeinsamen Angelegenheit Stellung nehmen. Die tschechischen Arbeiter Berlins wollen zum 1. Oktober die jetzt geltenden Löhne fortzuführen. Sie begründen diesen Schritt damit, daß die von der Regierung angeordnete Preissteigerung sich auf Arbeiter auswirke und daß in der Zwischenzeit mindestens ein Übergangswahl neu festgesetzt werden müßte.





